



Medium FAZ print

Thema Erbschaftsteuer

Ausgabe 11.07.2023

**Frankfurter Allgemeine**

ERBSCHAFTSTEUER

## Familienunternehmen lehnen CDU- Erbschaftsteuerpläne ab

Die CDU plant einen niedrigen Steuersatz für alle und alles – unter Verzicht auf Ausnahmen, dies träfe nicht zuletzt Betriebserben. Das bliebe nicht folgenlos, wie eine Umfrage zeigt.

Die großen Familienunternehmen fürchten die CDU-Reformvorschläge zur Erbschaftsteuer. Das geht aus einer Umfrage des Ifo-Instituts für die Stiftung Familienunternehmen und Politik hervor. Die Grundidee der CDU, auf fast alle Ausnahmen in der Erbschaftsteuer zu verzichten und dafür den Steuersatz kräftig zu senken, stößt mehrheitlich auf Ablehnung. Unterstellt wurde ein neuer Steuersatz von 10 Prozent. 46 Prozent äußerten sich dazu ablehnend, 26 Prozent zustimmend. Unter den 500 größten Familienunternehmen ist die Skepsis noch größer. Bei ihnen sehen das knapp 60 Prozent negativ oder sogar sehr negativ. Immerhin ein Viertel äußerte sich auch hier positiv. Wie die Stiftung hervorhebt, beschäftigen die 500 größten deutschen Familienunternehmen weltweit mehr als 6 Millionen Personen. Sie hätten damit mehr Mitarbeiter als die Dax-Konzerne in Streubesitz.



Die CDU hatte für Wirbel gesorgt, als ihre Überlegungen zur Reform der Erbschaftsteuer bekannt wurden. Sie sehen einen niedrigen einheitlichen Steuersatz für alle und alles vor – unter Verzicht auf die allermeisten Ausnahmen, dies träfe nicht zuletzt Unternehmenserben. Später verzichtete die Partei auf den Kampfbegriff „Flat Tax“, blieb aber inhaltlich ihrer Linie treu: „Eine faire und einfache Erbschaftsteuer schafft Gerechtigkeit. Daher wollen wir einen einheitlichen niedrigen Erbschaft- und Schenkungsteuersatz für alle“, postulierte sie. Einen Steuersatz für das neue System nennt sie nicht mehr, ursprünglich wollte sie ihn bei 10 Prozent festzurren. Um besorgte Familienunternehmer zu beruhigen, verspricht sie: „Familienunternehmen müssen weiterhin ohne Substanzverlust vererbt werden können.“ Dies werde unter anderem durch eine angemessene Bewertungsgrundlage und eine bedingungs- wie zinslose Verteilung der Erbschaftsteuer auf mehrere Jahre sichergestellt.

#### **„Debatten über weitere Verteuerungen Gift“**

Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen und Politik, warnte vor steuerpolitischen Schnellschüssen. „Die Erbschaftsteuer entscheidet darüber, ob die in den Familienunternehmen vorhandene Substanz erhalten bleibt.“ Von ihr hänge ab, in welchem Umfang Unternehmen in neue Werke und Technologien investieren könnten. Substanzsteuern wie die Erbschaftsteuer seien für Familienunternehmen besonders schädlich, weil diese Steuern unabhängig von der Ertragslage entrichtet werden müssten. „Deutschland ist für Familienunternehmen längst ein Höchststeuerland, da sind Debatten über weitere Verteuerungen Gift“, betonte Kirchdörfer.

Mehr als 72 Prozent der 851 antwortenden Familienunternehmen erwarten nach der Umfrage einen Rückgang der Investitionen, wenn die Verschonung des Betriebsvermögens wegfallen sollte. Bei den großen fünfhundert sind es sogar mehr als 88 Prozent. Gut 64 beziehungsweise mehr als 71 Prozent gehen davon aus, dass in diesem Fall ein Verkauf des Unternehmens wahrscheinlicher wird.

Quelle: mas.